

Geschäftsverteilungsplan des Bundesgerichtshofes für das Geschäftsjahr 1972

A. Geschäftsverteilung

I. Zivilsenate

Dem I. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Urheberrecht, Verlagsrecht und das Geschmacksmusterrecht;
2. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes, soweit sie nicht dem X. Zivilsenat zugewiesen sind, insbesondere die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Warenzeichen,
 - b) Ansprüche aus dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, dem Rabattgesetz und der Zugabeverordnung,
 - c) Firmen- und Namensrecht, soweit es sich um die Verwechselbarkeit im geschäftlichen Verkehr handelt;
3. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Sortenschutzgesetz, soweit es sich um Streitigkeiten über die Sortenbezeichnung handelt;
4. die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden gegen Beschlüsse des Bundespatentgerichts in Warenzeichen- und Geschmacksmustersachen sowie in Sortenschutzsachen, soweit es sich um die Sortenbezeichnung handelt;
5. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Kontokorrenten (HGB § 355),
 - b) Ansprüche aus Kommissionsgeschäften (HGB §§ 383 ff);
6. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus Speditions-, Lager- und Frachtgeschäften;
7. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus dem Erwerb eines Handelsgeschäftes (GVG § 95 Nr. 4 d);
8. die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 36 ZPO und § 9 EGZPO;
9. die Entscheidungen nach § 7 Abs. 2 LwVG (kraft Gesetzes);
10. die Entscheidungen, die erforderlich werden, bevor sich der für die Bearbeitung der Sache zuständige Senat feststellen läßt;
11. die Ansprüche gegen einen Patentanwalt aus Anlaß seiner Berufstätigkeit (Patentanwaltsgesetz) einschließlich von Schadensersatzansprüchen, soweit es sich um Tätigkeiten auf den dem I. Zivilsenat zugewiesenen Rechtsgebieten handelt.

Dem II. Zivilsenat sind zugewiesen

1. a) die Seesachen (HGB §§ 476 ff nebst Strandungsordnung einschließlich von Zusammenstößen von Schiffen mit anderen Gegenständen),
- b) die Rechtsstreitigkeiten aus den Reichsgesetzen über Binnenschifffahrt und Flößerei (einschließlich von Zusammenstößen von Schiffen mit anderen Gegenständen),
- c) Schadensersatzansprüche gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts aus der Verletzung von Pflichten zur Unterhaltung oder Verkehrssicherung von Wasserstraßen,
- d) die Rechtsstreitigkeiten über Schleppverträge und Versicherungen (einschließlich von Rückversicherungen) von Schiffen oder Güterversicherungen für den See- oder Fluß-Transport allein oder in Verbindung mit Landtransport,
- e) die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken vom 15. November 1940, über Besitz und Eigentum an Schiffen und Schiffsbauwerken sowie über Ansprüche aus schuldrecht-

lichen Verträgen über Schiffe und Schiffsbauwerke (Werftverträge),

- f) die Rechtsstreitigkeiten über Schiffspfandrechte und Zwangsvollstreckung in Schiffe (ZVG §§ 162 ff);
2. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von Wertpapieren,
 - b) Ansprüche aus Besitz und Eigentum (einschließlich der Fälle des § 771 ZPO), Nießbrauch und Pfandrecht (einschließlich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts, HGB § 369) an Wertpapieren sowie aus Rechtsgeschäften hierüber,
 - c) Ansprüche auf Grund des Börsengesetzes und des Gesetzes betr. die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere;
 3. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Gesellschaftsverhältnissen (BGB §§ 705 ff) und Gemeinschaften (BGB §§ 741 ff),
 - b) innere Verhältnisse von Handelsgesellschaften, stillen Gesellschaften, eingetragenen Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie Vereinen (auch Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit) mit Einschluß der Rechtsstreitigkeiten zwischen diesen Gesellschaften, Genossenschaften oder Vereinen und ihren Vorstandsmitgliedern oder Geschäftsführern,
 - c) Firmenrecht (HGB §§ 17 ff), soweit nicht der I. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 2 c);
 4. die Rechtsstreitigkeiten über Wechselsachen, Schecksachen und Ansprüche aus kaufmännischen Anweisungen;
 5. die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662 ff) zwischen Kreditinstituten und ihren Kunden oder zwischen Kreditinstituten untereinander, soweit die Institute die üblichen Bankgeschäfte betreiben und nicht mit Sonderaufgaben befaßt sind (wie z. B. Bausparkassen, Teilzahlungs-institute und ähnliche);
 6. die Entscheidungen im Falle des § 28 FGG,
 - a) sofern es sich um die Führung der Schiffsregister, Binnenschiffsregister und Schiffsbauregister und sonstige Befugnisse der Registerrichter oder Dispachen handelt,
 - b) soweit es sich um die Führung der Handelsregister, Genossenschaftsregister und Vereinsregister und um sonstige Befugnisse der Registerrichter handelt.

Dem III. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Schadensersatzansprüche
 - a) von juristischen Personen des öffentlichen Rechts gegen ihre Beamten, Richter und Soldaten auf Grund des Dienstverhältnisses, soweit nicht der V. Zivilsenat (Nr. 2 h) oder der VI. Zivilsenat (Nr. 5) zuständig ist,
 - b) gegen Beamte aus § 839 BGB, soweit nicht der V. Zivilsenat (Nr. 2 h) oder der VI. Zivilsenat (Nr. 5) zuständig ist,
 - c) gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts auf Grund des Art. 131 WRV und des Art. 34 GG, soweit nicht der V. Zivilsenat (Nr. 2 h) oder der VI. Zivilsenat (Nr. 5) zuständig ist,
 - d) gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts aus der Verletzung der Straßenunterhaltungspflicht oder Verkehrssicherungspflicht auf Straßen, jedoch mit Aus-

nahme von Wasserstraßen, für die der II. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 1 c);

2. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche auf Entschädigung wegen
 - aa) Enteignung (einschließlich enteignungsgleichen Eingriffs) sowie Maßnahmen enteignungsähnlicher Art,
 - bb) Strafverfolgungsmaßnahmen,
 - b) vermögensrechtliche Ansprüche aus Aufopferung für das gemeine Wohl und aus öffentlichrechtlicher Verwahrung sowie Schadensersatzansprüche aus der Verletzung öffentlichrechtlicher Pflichten (VwGO § 40 Abs. 2 Satz 1),
 - c) Ansprüche aus der Menschenrechtskonvention;
3. die Entscheidungen in Baulandsachen;
4. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm vom 30. März 1971;
5. Stiftungen (BGB §§ 80 ff), Nießbrauch an Vermögen (BGB §§ 1085 ff) und Leibrenten (BGB §§ 759 ff);
6. die Rechtsstreitigkeiten über Darlehen (BGB §§ 607 ff) oder abstrakte Schuldverhältnisse (BGB §§ 780—808 a), soweit nicht der I. Zivilsenat (Nr. 5a) oder der II. Zivilsenat (Nr. 2c) zuständig ist;
7. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Bergrechtssachen (EGBGB Art. 67) einschließlich der Abbaurechtssachen (EGBGB Art. 68) sowie Wasserrechtssachen (EGBGB Art. 65) einschließlich der Deich- und Siedelrechtssachen (EGBGB Art. 66),
 - b) Jagd- und Fischereirechte nebst Verträgen hierüber;
8. die Entscheidungen nach § 109 BRAO (auch in Verbindung mit § 108 BNotO), § 77 Abs. 2 der Wirtschaftsprüferordnung, § 56 Abs. 2 des Steuerberatungsgesetzes und § 93 Abs. 2 der Patentanwaltsordnung;
9. die Entscheidungen nach § 159 Abs. 1 GVG in Zivilsachen nebst § 2 FGG;
10. alle Rechtsstreitigkeiten und Entscheidungen, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind.

Dem IV. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Personenrecht, insbesondere Namensrecht (BGB § 12), soweit nicht der I. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 2 c), einschließlich Entmündigungen und Todeserklärungen,
 - b) Familienrecht;
2. die Rechtsstreitigkeiten über Erbrecht einschließlich von Erbschaftskäufen, soweit nicht der V. Zivilsenat zuständig ist;
3. die Rechtsstreitigkeiten über Schenkungen (BGB §§ 516 ff), soweit nicht der II. Zivilsenat oder der V. Zivilsenat zuständig ist;
4. die Rechtsstreitigkeiten über Versicherungsverhältnisse, soweit sie nicht dem II. Zivilsenat (Nr. 1 d) zugewiesen sind;
5. die Rechtsstreitigkeiten über die Vertragsverhältnisse der Makler (BGB §§ 652 ff) einschließlich der Handelsmakler (HGB §§ 93 ff) sowie über Ansprüche aus § 354 HGB;
6. die Entscheidungen in Fällen des § 28 FGG, sofern es sich um Personenrechts- und Familienrechtssachen handelt;
7. die Bestimmung des zuständigen Gerichts im Falle des § 650 Abs. 3 ZPO;
8. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes gemäß § 23 Abs. 1, § 29 Abs. 1 EGGVG über die Rechtmäßigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Maßnahmen, die von den Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts einschließlich des Handelsrechts, des Zivilprozesses und der freiwilligen Gerichtsbarkeit getroffen sind;
9. die Entscheidungen in den Fällen des § 28 FGG, wenn es sich um Nachlasssachen handelt, bei denen es nicht ausschließlich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichendes Recht der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke geht.

Dem V. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden in Landwirtschaftssachen;
2. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Verträgen über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte (einschließlich Vorkaufs und Wiederkaufs),

- b) Landpachtverträge (LandpachtG v. 25. Juni 1952 § 1),
- c) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an Grundstücken und an Sachen, die mit einem Grundstück oder Gebäude in körperliche Verbindung gebracht sind, mit Einschluß von Überbau und Grenzverhältnissen (BGB §§ 912 — 916, 919 — 923), ferner die Rechtsstreitigkeiten aus dinglichen Vorkaufsrechten und Rechtsgeschäften darüber,
- d) Ansprüche aus dinglichen Rechten an Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten und Rechtsgeschäften darüber,
- e) Nachbarrecht nebst dessen Verletzung (BGB §§ 903 — 910, GewO § 26),
- f) Erbrecht, wenn es sich ausschließlich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichendes Recht der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke handelt,
- g) Zwangsvollstreckung in Grundstücke mit Einschluß von Kauf und Tausch von Rechten aus dem Meistgebot (ZVG § 81),
- h) Schadensersatzansprüche wegen Amtspflichtverletzung von Grundbuchbeamten in Grundbuchsachen einschließlich der Rückgriffsansprüche gegen Beamte,
- i) kirchenrechtliche Verhältnisse sowie Schulbaulasten und Grabstätten (EGBGB Art. 132, 133),
- k) Familiengüter und Lehen (EGBGB Art. 59);
3. die Entscheidungen in den Fällen
 - a) des § 28 FGG, wenn es sich um Nachlasssachen handelt, bei denen es ausschließlich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichendes Recht der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke geht,
 - b) des § 79 GBO,
 - c) des § 2 ZVG und des § 3 des Gesetzes zur Änderung der Vorschriften des Fideikommiß- und Stiftungsrechts vom 28. Dezember 1950.

Dem VI. Zivilsenat sind zugewiesen

die Rechtsstreitigkeiten über

1. Ansprüche aus unerlaubten Handlungen, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 a, b, c), der III. Zivilsenat (Nr. 1 a und 7 b) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 c und h) zuständig ist, Schadensersatzansprüche aus Heilbehandlung, auch wenn die Ansprüche auf Vertrag gestützt sind, sowie Ansprüche aus dem Recht am eigenen Bild (§§ 22 ff des KunstUrhG vom 9. Januar 1907);
2. Ansprüche aus Unfällen, an denen ein Luftfahrzeug, ein Kraftfahrzeug, eine Eisenbahn oder eine Straßenbahn beteiligt sind, auch wenn sie auf den Beförderungsvertrag gestützt sind, jedoch mit Ausnahme der zur Zuständigkeit des I. Zivilsenats (Nr. 6) gehörenden Frachtverträge über Güter;
3. Schadensersatzansprüche auf Grund sonstiger besonderer Gesetzesvorschriften (z. B. ZPO § 302 Abs. 4, §§ 717, 945), soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;
4. Dienstverhältnisse, soweit nicht der I. Zivilsenat (Nr. 11), der II. Zivilsenat (Nr. 3 b), der VII. Zivilsenat (Nr. 1 b und 2) oder der X. Zivilsenat (Nr. 7) zuständig ist;
5. Schadensersatzansprüche wegen Pflichtverletzungen von Notaren, auch soweit diese Beamte sind, sowie gegen Rechtsanwälte.

Dem VII. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Werkverträge, soweit nicht der VI. Zivilsenat (Nr. 1 und 2) oder der II. Zivilsenat (Nr. 1 e) zuständig ist,
 - b) Dienstverhältnisse der Architekten und anderer bei Bauten beschäftigter Personen;
2. die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662—676) und Geschäftsführung ohne Auftrag (BGB §§ 677—687), soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 5) zuständig ist;
3. Die Rechtsstreitigkeiten über ungerechtfertigte Bereicherung (BGB §§ 812 ff), sofern es nicht mit Rücksicht auf das neben diesen Bestimmungen anzuwendende Recht zweckmäßig erscheint, daß die Sache von dem für dieses Recht zuständigen Senat erledigt wird.
4. die Rechtsstreitigkeiten über Schiedsverträge und Schiedssprüche (ZPO §§ 1025 ff, § 274 Abs. 2 Nr. 3);

5. Die Rechtsstreitigkeiten über die Vertragsverhältnisse der Handelsvertreter (HGB §§ 84 ff);
6. die Entscheidungen in den Fällen des § 28 FGG, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 6), der IV. Zivilsenat (Nr. 6 u. 9), der V. Zivilsenat (Nr. 3a) oder der VIII. Zivilsenat (Nr. 4) zuständig ist.

Dem VIII. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von beweglichen Sachen und Rechten, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 2a) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 d und g) zuständig ist,
 - b) Miet- und Pachtverhältnisse, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 b) zuständig ist,
 - c) Leihe und Verwahrung (BGB §§ 598 ff, 688 ff), soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 2 c), der III. Zivilsenat (Nr. 2 b) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 a) zuständig ist,
 - d) Bürgschaften (BGB §§ 765 ff); jedoch ist bei Rechtsstreitigkeiten über eine Bürgschaft für die Zuständigkeit die Hauptverbindlichkeit maßgebend, wenn nur deren Bestand den Gegenstand des eigentlichen Streites bildet;
2. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an beweglichen Sachen, aus Funden (BGB §§ 965 ff) sowie auf Vorlegung von Sachen (BGB §§ 809—811), soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 u. 2 b) zuständig ist,
 - b) Ansprüche aus Nießbrauch und Pfandrecht an beweglichen Sachen und Rechten einschließlich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts (HGB § 369) und von Rechtsgeschäften hierüber, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 2 b) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 d) zuständig ist;
3. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Zwangsvollstreckung in anderes als unbewegliches Vermögen (einschließlich der Klagen auf Erlaß des Vollstreckungsurteils und mit Einschluß von § 771 ZPO, dagegen mit Ausschluß der §§ 767 — 769 ZPO),
 - b) Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen und zur Erwirkung von Handlungen oder Unterlassungen (ZPO §§ 883 ff) sowie Offenbarungseid und Haft (ZPO §§ 899 ff), soweit nicht der III. Zivilsenat (Nr. 1 a) zuständig ist,
 - c) Anfechtung von Rechtsgeschäften eines Schuldners zum Nachteil seiner Gläubiger im Konkurs und außerhalb des Konkurses (KO §§ 29 ff, 196; AnfechtungsG), auch soweit Scheingeschäft behauptet wird;
4. die Entscheidungen nach § 47 Abs. 2 MSchG i. V. m. § 28 Abs. 2 und 3 FGG und Entscheidungen nach Artikel III des Dritten Gesetzes zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften vom 21. Dezember 1967 (Bundesgesetzbl. I, 1248).

Dem IX. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Angelegenheiten des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz) und des Bundesgesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes;
2. die Rechtsstreitigkeiten über Rückgriffsansprüche, die mit Rückerstattungssachen zusammenhängen.

Dem X. Zivilsenat (Patentsenat) sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Patentrecht und Gebrauchsmusterrecht nebst Verträgen hierüber;
2. die Rechtsstreitigkeiten aus Verträgen über die Benutzung eines Geheimverfahrens oder über die ausschließliche Verwertung nicht geschützter gewerblicher Erzeugnisse;
3. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiet der Arbeitnehmererfindungen;
4. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Sortenschutzgesetz, soweit sie nicht dem I. Zivilsenat (Nr. 3) zugewiesen sind;
5. die Patentnichtigkeitssachen, Zwangslizenzsachen und Patentrücknahmesachen;
6. die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden gegen Beschlüsse des Bundespatentgerichts in Patent- und Gebrauchsmustersachen sowie in Sortenschutzsachen, soweit letztere nicht dem I. Zivilsenat (Nr. 4) zugewiesen sind;

7. die Ansprüche gegen einen Patentanwalt aus Anlaß seiner Berufstätigkeit (Patentanwaltsgesetz) einschließlich von Schadensersatzansprüchen, soweit sie nicht dem I. Zivilsenat (Nr. 11) zugewiesen sind.

II. Strafsenate

Dem 1. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bamberg, Karlsruhe (mit Ausnahme der Landgerichtsbezirke Mosbach, Heidelberg, Mannheim), München, Nürnberg und Stuttgart;
2. die Revisionen in Militärstrafsachen (zweiter Teil des Wehrstrafgesetzes vom 30. März 1957, Bundesgesetzbl. I, 298);
3. die Revisionen in Strafsachen wegen Vergehen gegen die Landesverteidigung (§§ 109—109 k StGB), soweit nicht der 3. Strafsenat dafür zuständig ist.

Dem 2. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bremen, Frankfurt am Main, Koblenz, Köln und Saarbrücken;
2. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (StPO §§ 12 ff, JGG § 42 Abs. 3), soweit nicht der 3. Strafsenat (Nr. 3 a) zuständig ist, die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 19 Abs. 2 ZuständigkeitsergänzungsG vom 7. August 1952, Bundesgesetzbl. III, 310-1, und die sonstigen Entscheidungen, die keinem anderen Strafsenat zugeteilt sind.

Dem 3. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen gegen die Urteile der Oberlandesgerichte im ersten Rechtszug und gegen die Urteile der in § 74 a GVG bezeichneten Strafkammern aus allen Oberlandesgerichtsbezirken, für den Bezirk des Kammergerichts jedoch nur insoweit, als sie nicht Fälle der Verschleppung und der politischen Verdächtigung (§§ 234 a, 241 a StGB; Berliner Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 14. Juni 1951, GVBl. 417) betreffen;
2. die Beschwerden gegen
 - a) Beschlüsse und Verfügungen der Oberlandesgerichte in den in § 304 Abs. 4 Satz 2, 310 Abs. 1 StPO, § 102 Satz 2 JGG bestimmten Fällen,
 - b) Entscheidungen des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofes,
 - c) Entscheidungen des Untersuchungsrichters des Bundesgerichtshofes (Art. 5 Abs. 3 des Gesetzes zur allgemeinen Einführung eines zweiten Rechtszuges in Staatsschutzstrafsachen);
3. a) die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (StPO §§ 12 ff, JGG § 42 Abs. 3), soweit es sich um die durch §§ 74 a, 120 GVG begründete Zuständigkeit der Landgerichte und Oberlandesgerichte und um die durch § 102 JGG begründete Zuständigkeit der Jugenderschöffengerichte handelt,
- b) die Entscheidungen nach § 121 Abs. 4 StPO,
- c) die Entscheidungen gemäß Art. 5 Abs. 1, Abs. 5 und Abs. 6 Satz 1, 3 des Gesetzes zur allgemeinen Einführung eines zweiten Rechtszuges in Staatsschutzstrafsachen;
4. die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Oberlandesgerichts Düsseldorf sowie für die Landgerichtsbezirke Mosbach, Heidelberg und Mannheim.

Dem 4. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Hamm und Zweibrücken;
2. die Revisionen in Verkehrsstrafsachen (einschließlich der Eisenbahn- und Luftunfälle mit Ausnahme von Unfällen der Berliner Stadtbahn);
3. die Entscheidungen nach § 27 des Deutschen Auslieferungsgesetzes vom 23. Dezember 1929.

Dem 5. (Berliner) Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Kammergerichts und für die Bezirke der Oberlandesgerichte Braunschweig, Celle, Hamburg, Oldenburg und Schleswig;
2. die Revisionen gegen die Entscheidungen der in § 74 a GVG bezeichneten Strafkammern des Bezirks des Kammergerichts,

die Fälle der Verschleppung und der politischen Verdächtigung (StGB §§ 234 a, 241 a) betreffen;

3. die Revisionen in Strafsachen gegen Entscheidungen aller Gerichte, wenn es sich um die Anwendung des Berliner Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 14. Juni 1951, GVBl. 417, handelt;
4. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes gemäß § 23 Abs. 1, § 29 Abs. 1 EGGVG über die Rechtmäßigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Maßnahmen, die von den Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiet der Strafrechtspflege oder von den Vollzugsbehörden im Vollzug der Freiheitsstrafen, der Maßregeln der Sicherung und Besserung, des Jugendarrests und der Untersuchungshaft getroffen sind.

III. Ermittlungsrichter

Nach Maßgabe der Vorschriften über den Gerichtsstand (§§ 7 ff StPO) sind zuständig:

a) Ermittlungsrichter I

für Ermittlungshandlungen in Staatsschutzsachen im Bereich der Länder Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Soweit aus dem Bereich des Landes Berlin am 23. 11. 1971 Sachen bei dem Ermittlungsrichter I anhängig waren, verbleiben diese bei ihm.

b) Ermittlungsrichter II

für Ermittlungshandlungen in Staatsschutzsachen im Bereich der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland mit Ausnahme der Sachen, die aus dem Bereich des Landes Berlin beim Ermittlungsrichter I verbleiben und die aus dem Bereich des Landes Bayern dem Ermittlungsrichter III zugewiesen sind.

c) Ermittlungsrichter III

für alle Ermittlungssachen im Bereich des Landes Bayern, soweit sie am 23. 11. 1971 bereits anhängig waren, und für die Ermittlungshandlungen in Landesverratsachen im Bereich des Landes Bayern.

IV. Große Senate

(nachrichtlich)

Die Zuständigkeit des Großen Senates für Zivilsachen, des Großen Senats für Strafsachen und der Vereinigten Großen Senate ergibt sich aus dem Gerichtsverfassungsgesetz, dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, dem Deutschen Richtergesetz, der Bundesrechtsanwaltsordnung, der Patentanwaltsordnung, der Wirtschaftsprüferordnung und dem Steuerberatungsgesetz.

V. Kartellsenat

Der Kartellsenat ist kraft Gesetzes für die Entscheidungen über die in § 95 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen aufgeführten Rechtsmittel zuständig.

Dem Kartellsenat werden außerdem zugewiesen die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die im Zusammenhang mit den Art. 85 und 86 des EWG-Vertrages stehen.

VI. Dienstgericht des Bundes

(nachrichtlich)

Das Dienstgericht des Bundes ist kraft Gesetzes in denjenigen Angelegenheiten von Richtern, Mitgliedern des Bundesrechnungshofes, Staatsanwälten sowie Bundes- und Landesanwälten zuständig, die ihm durch das Deutsche Richtergesetz übertragen sind.

VII. Senat für Notarsachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Notarsachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Bundesnotarordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 108 Abs. 2 BNotO i. V. m. § 109 BRAO, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

VIII. Senat für Anwaltssachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Anwaltssachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Bundesrechtsanwaltsordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 109 BRAO, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

IX. Senat für Patentanwaltsachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Patentanwaltsachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Patentanwaltsordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 93 Abs. 2 Patentanwaltsordnung, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

X. Senat für Wirtschaftsprüfersachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Wirtschaftsprüfersachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Wirtschaftsprüferordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 77 Abs. 2 der Wirtschaftsprüferordnung, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

XI. Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in dem Steuerberatungsgesetz dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 56 Abs. 2 Steuerberatungsgesetz, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

Schlußbestimmungen zur Geschäftsverteilung

I.

Erachtet ein Senat vor Anberaumung eines Termins zur mündlichen Verhandlung einer bei ihm anhängig gemachten Sache einstimmig, daß sie nach der Art des anzuwendenden Rechtes vor einen anderen bestimmten Senat gehöre, so ist sie dorthin abzugeben, falls nicht die Abgabe aus besonderen Gründen unzumutbar erscheint. Der Abgabebeschluß ist für den Senat, an den die Sache verwiesen ist, bindend.

II.

Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreits entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn das aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.

III.

Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Senat eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals, wenn auch wegen eines anderen Teiles desselben Anspruches, sei es in dem bisherigen oder in einem neuen Prozeß an den Bundesgerichtshof gelangen, gehören vor den Senat, der nach dieser Geschäftsverteilung zuständig ist.

IV.

1. Für Vertragshilfesachen aus dem Vertragshilfegesetz vom 26. März 1952 ist jeweils derjenige Zivilsenat zuständig, zu dessen Rechtsgebiet die zu regulierende Verbindlichkeit gehört. Sind mehrere Verbindlichkeiten zu regulieren, so entscheidet die dem Betrage nach höchste Verbindlichkeit.
2. Für Rechtsstreitigkeiten über Vergleiche ist derjenige Senat zuständig, dem das Rechtsgebiet zugewiesen ist, auf das sich der Vergleich bezieht.

V.

Rechtsbeschwerden nach § 79 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 sind im Hinblick auf die Geschäftsverteilung wie Revisionen zu behandeln.

VI.

Strafsachen, in denen ein Senat eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals an den Bundesgerichtshof gelangen, werden wieder von diesem Senat bearbeitet, selbst wenn der Geschäftsverteilungsplan inzwischen geändert worden ist.

Bei dem 2. Strafsenat am 31. Dezember 1971 anhängige, von der Änderung des Geschäftsverteilungsplanes betroffene Sachen gehen auf den 4. Strafsenat über, es sei denn, daß bis zum 10. Dezember 1971 bereits Termin bestimmt worden war.

VII.

Betrifft in einer Vorlegungssache die zur Entscheidung gestellte Rechtsfrage ein Rechtsgebiet, das zur Zuständigkeit eines bestimmten Strafsenats gehört, so ist dieser Senat für die Entscheidung über die Vorlegungssache zuständig, gleich-

gültig, ob sich die Vorlegung auf § 120 Abs. 3 GVG oder auf § 121 Abs. 2 GVG stützt.

VIII.

Wird der Bundesgerichtshof gemäß § 82 Abs. 4 Satz 2 BVerfGG ersucht, seine Erwägungen zu einer für die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erheblichen Rechtsfrage darzulegen, so sind jeweils diejenigen Senate zur Stellungnahme berufen, deren im Geschäftsverteilungsplan ausgewie-

sener Zuständigkeitsbereich durch die Rechtsfrage berührt wird. Ergibt sich nach dem Geschäftsverteilungsplan keine besondere Zuständigkeit eines oder einzelner Senate, so sind — je nach Art der Rechtsfrage — alle Zivil- oder Strafsenate oder auch sämtliche Senate zur Stellungnahme berufen. Die Stellungnahmen werden vom Präsidenten des Bundesgerichtshofes gesammelt und dem Bundesverfassungsgericht übersandt.

B. Besetzung der Senate und der Ermittlungsrichterstellen

(Stand 1. Januar 1972)

I. Zivilsenate			Bundesrichter	Dr. Vogt	(außerdem Senat f. Anwaltssachen, Senat f. Notarsachen u. Senat f. Patent-anwaltssachen)
I. Zivilsenat					
Senatspräsidentin	Dr. Krüger-Nieland				
Bundesrichter	Alff	(stv. Vorsitzender)			
Bundesrichter	Dr. Sprengmann	(außerdem KS)	Bundesrichter	Dr. Finke	
Bundesrichter	Dr. Merkel		Bundesrichter	Hans-Wolfgang Schmidt	
Bundesrichter	Dr. Schönberg		Bundesrichter	Dr. Girisch	
Bundesrichter	Dr. Frhr. v. Gamm		Bundesrichter	Meise	(bis 31. 3. 1972 außerdem 2. StS)
II. Zivilsenat			VIII. Zivilsenat		
Senatspräsident	Stimpel		Senatspräsident	Dr. Haidinger	(außerdem Senat f. Notarsachen)
Bundesrichter	Fleck	(stv. Vorsitzender, außerdem Dienstgericht d. Bundes)	Bundesrichter	Dr. Gelhaar	(stv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Liesecke		Bundesrichter	Dr. Mezger	
Bundesrichter	Dr. Schulze		Bundesrichter	Mormann	
Bundesrichter	Dr. Bauer	(außerdem Dienstgericht d. Bundes)	Bundesrichter	Braxmaier	(außerdem Senat f. Anwaltssachen u. Senat f. Notarsachen)
Bundesrichter	Dr. Kellermann	(außerdem KS)			
Bundesrichter	Dr. Tidow		Bundesrichter	Dr. Hiddemann	
III. Zivilsenat			Bundesrichter	Hoffmann	
Senatspräsident	Hubert Meyer		IX. Zivilsenat		
Bundesrichter	Dr. Kreft	(stv. Vorsitzender, außerdem Dienstgericht d. Bundes)	Senatspräsident	Mai	(stv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Dr. Arndt	(außerdem Senat f. Notarsachen u. Senat f. Anwaltssachen)	Bundesrichter	Wüstenberg	
Bundesrichter	Dr. Beyer		Bundesrichter	Maaß	
Bundesrichter	Dr. Hußla	(außerdem Dienstgericht d. Bundes)	Bundesrichter	von der Mühlen	
Bundesrichter	Gähtgens		Bundesrichter	Zorn	
Bundesrichter	Keßler		Bundesrichter	Henkel	
Bundesrichter	Dr. Krohn		Bundesrichter	Fuchs	
IV. Zivilsenat			Bundesrichter	Dr. Thumm	(außerdem Dienstgericht d. Bundes)
Senatspräsident	Dr. Hauß		X. Zivilsenat (Patentsenat)		
Bundesrichter	Johannsen	(stv. Vorsitzender, außerdem Dienstgericht des Bundes)	Senatspräsident	Dr. Spreng	
Bundesrichter	Dr. Pfretzschner		Bundesrichter	Trüstedt	(stv. Vorsitzender, außerdem Senat f. Patentanwaltssachen)
Bundesrichter	Dr. Reinhardt		Bundesrichter	Claßen	
Bundesrichter	Dr. Bukow		Bundesrichter	Ballhaus	(außerdem KS)
Bundesrichter	Dr. Buchholz		Bundesrichter	Dr. Bruchhausen	(außerdem Senat f. Patentanwaltssachen)
V. Zivilsenat			Bundesrichter	Ochmann	(außerdem Senat f. Anwaltssachen)
Senatspräsident	Dr. Augustin		II. Strafsenate		
Bundesrichter	Dr. Rothe	(stv. Vorsitzender)	1. Strafsenat		
Bundesrichter	Dr. Freitag		Senatspräsident	Dr. Pfeiffer	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Dr. Mattern		Bundesrichter	Loesdau	(stv. Vorsitzender, außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Hill	(außerdem KS)			
Bundesrichter	Offterdinger	(außerdem KS)	Bundesrichter	Dr. Mösl	
Bundesrichter	Dr. Grell		Bundesrichter	Pikart	
VI. Zivilsenat			Bundesrichter	Dr. Woesner	
Senatspräsident	Pehle		Bundesrichter	Zipfel	(in erster Linie Ermittlungsrichter III)
Bundesrichter	Dr. Weber	(stv. Vorsitzender)	Bundesrichter	Strickert	
Bundesrichter	Dr. Bode		2. Strafsenat		
Bundesrichter	Prof. Dr. Nüßgens		Senatspräsident	Dr. Willms	(stv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Sonnabend		Bundesrichter	Kirchhof	(außerdem Senat für Anwaltssachen, Senat für Notarsachen, Senat für Patent-anwaltssachen, Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen)
Bundesrichter	Dunz				
Bundesrichterin	Scheffen				
VII. Zivilsenat					
Vizepräsident	Glanzmann	(außerdem Senat f. Notarsachen, Senat f. Anwaltssachen u. Senat f. Patent-anwaltssachen)			
Bundesrichter	Rietschel	(stv. Vorsitzender)			
Bundesrichter	Erbel				

Bundesrichter	Dr. Müller	(außerdem Senat für WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen)
Bundesrichter	Baumgarten	(außerdem Senat für WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen)
Bundesrichter	Dr. Fritz Meyer	
Bundesrichter	Meise	(bis 31. 3. 1972; außerdem VII. ZS)
Bundesrichter	Dr. Schauenburg	
Senatspräsident	3. Strafsenat Scharpenseel	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Albrecht Mayer	(stv. Vorsitzender, außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Dr. Wiefels	
Bundesrichter	Neifer	
Bundesrichter	Dr. Schubath	
	4. Strafsenat	
Senatspräsident	Gerd Meyer	(außerdem Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen)
Bundesrichter	Börtzler	(stv. Vorsitzender, außerdem Senat f. Anwaltschaftsachen, Senat f. Notarsachen u. Senat f. Patentanwaltschaftsachen)
Bundesrichter	Christian Mayr	
Bundesrichter	Dr. Dr. Spiegel	(außerdem Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen)
Bundesrichter	Hürxthal	(in erster Linie Ermittlungsrichter I)
Bundesrichter	Buddenberg	(außerdem KS)
Bundesrichter	Salger	(in erster Linie Ermittlungsrichter II)
Bundesrichter	Dr. Knoblich	
	5. (Berliner) Strafsenat	
Senatspräsident	Prof. Dr. h.c. Sarstedt	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Adolf Schmidt	(stv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Siemer	
Bundesrichter	Rudolf Schmitt	
Bundesrichter	Herrmann	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Fleischmann	
Bundesrichter	Schuster	

III. Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes

Ermittlungsrichter I	Bundesrichter Buddenberg	(außerdem 4. Strafsenat, in erster Linie Ermittlungsrichter I)
Ermittlungsrichter II	Bundesrichter Dr. Knoblich	(außerdem 4. Strafsenat, in erster Linie Ermittlungsrichter II)
Ermittlungsrichter III	Bundesrichter Zipfel	(außerdem 1. Strafsenat, in erster Linie Ermittlungsrichter III)

IV. Große Senate

Zivilsachen

Vorsitzender (kraft Gesetzes):	Präsident des Bundesgerichtshofes Dr. Fischer
Stellvertretender Vorsitzender (kraft Gesetzes):	Vizepräsident des Bundesgerichtshofes Glanzmann
Mitglieder:	Vertreter:
Senatspräsidentin	Senatspräsident Pehle (VI. ZS)
Dr. Krüger-Nieland (I. ZS)	
Senatspräsident Stimpel (II. ZS)	Bundesrichter Fleck (II. ZS)
Bundesrichter Dr. Kreft (III. ZS)	Senatspräsident Hubert Meyer (III. ZS)
Senatspräsident Dr. Hauß (IV. ZS)	Bundesrichter Johannsen (IV. ZS)

Bundesrichter Hill (V. ZS)	Bundesrichter Dr. Mattern (V. ZS)
Bundesrichter Professor Dr. Nüßgens (VI. ZS)	Bundesrichter Dr. Weber (VI. ZS)
Bundesrichter Dr. Vogt (VII. ZS)	Bundesrichter Dr. Girisch (VII. ZS)
Bundesrichter Mormann (VIII. ZS)	Bundesrichter Braxmaier (VIII. ZS)

Strafsachen

Vorsitzender (kraft Gesetzes):	Präsident des Bundesgerichtshofes Dr. Fischer
Stellvertretender Vorsitzender (kraft Gesetzes):	Vizepräsident des Bundesgerichtshofes Glanzmann
Mitglieder:	Vertreter:
Senatspräsident Dr. Pfeiffer (1. StS)	Bundesrichter Loesdau (1. StS)
Senatspräsident Gerd Meyer (4. StS)	
Bundesrichter Dr. Willms (2. StS)	Bundesrichter Albrecht Mayer (3. StS)
Senatspräsident Scharpenseel (3. StS)	
Bundesrichter Börtzler (4. StS)	Bundesrichter Hürxthal (4. StS)
Bundesrichter Dr. Dr. Spiegel (4. StS)	Bundesrichter Dr. Mösl (1. StS)
Senatspräsident Professor Dr. h. c. Sarstedt (5. StS)	Bundesrichter Kirchhof (2. StS)
Bundesrichter Rudolf Schmitt (5. StS)	Bundesrichter Herrmann (5. StS)

V. Kartellsenat

Präsident des Bundesgerichtshofes	Dr. Fischer
Bundesrichter	Hill (stv. Vorsitzender, V. ZS)
Bundesrichter	Offtender (V. ZS)
Bundesrichter	Dr. Sprengmann (I. ZS)
Bundesrichter	Ballhaus (X. ZS)
Bundesrichter	Dr. Kellermann (II. ZS)
Bundesrichter	Salger (4. StS)

VI. Dienstgericht des Bundes

Besetzung für die Zeit vom 1. Januar 1972 bis zum 31. Dezember 1976

Vorsitzender:	Senatspräsident Scharpenseel (3. StS)
Stellvertreter des Vorsitzenden:	Senatspräsident Dr. Pfeiffer (1. StS)
	Senatspräsident Prof. Dr. h. c. Sarstedt (5. StS)
ständige Beisitzer:	Bundesrichter Albrecht Mayer (3. StS)
	Bundesrichter Dr. Thumm (IX. ZS)
Vertreter der ständigen Beisitzer:	Bundesrichter Dr. Hußla (III. ZS)
	Bundesrichter Herrmann (5. StS)
	Bundesrichter Fleck (II. ZS)
nichtständige Beisitzer:	
a) Mitglieder des Bundesgerichtshofes:	
Beisitzer:	Senatspräsident Dr. Pfeiffer (1. StS)
	Bundesrichter Dr. Kreft (III. ZS)
Vertreter:	Bundesrichter Johannsen (IV. ZS)
	Bundesrichter Loesdau (1. StS)
	Bundesrichter Dr. Bauer (II. ZS)
b) Mitglieder des Bundesverwaltungsgerichts:	
Beisitzer:	Senatspräsident Arndt
	Bundesrichter Weber-Lortsch
Vertreter:	Bundesrichter Dr. Nehlert
	Bundesrichter Dörffler
c) Mitglieder des Bundesfinanzhofs:	
Beisitzer:	Bundesrichter Linder
	Bundesrichter Edsperger
Vertreter:	Bundesrichter Dr. Egly
	Bundesrichter Dr. Förger
d) Mitglieder des Bundesarbeitsgerichts:	
Beisitzer:	Senatspräsident Prof. Dr. Stumpf
	Senatspräsident Dr. Poelmann
Vertreter:	Bundesrichter Dr. Gröninger
	Bundesrichter Siara

- e) Mitglieder des Bundessozialgerichts:
 Beisitzer: Senatspräsident Penquitt
 Bundesrichter Heyer
 Vertreter: Senatspräsident Dr. Dapprich
 Bundesrichter Schröder
- f) Mitglieder des Bundesrechnungshofs:
 Beisitzer: Direktor beim Bundesrechnungshof
 Reineck
 Ministerialrat als Mitglied des Bundesrechnungshofs Dr. Wührmann
 Vertreter: Ministerialrat als Mitglied des Bundesrechnungshofs Hasper
 Ministerialrat als Mitglied des Bundesrechnungshofs Dr. Scholl

VII. Senat für Notarsachen

Besetzung für die Zeit vom 1. April 1969
 bis zum 31. März 1973

- Vorsitzender: Vizepräsident Glanzmann
 (VII. ZS, außerdem Senat für Anwalts-
 sachen und Senat für Patentanwalts-
 sachen)
- Stellvertretender
 Vorsitzender: Senatspräsident Dr. Haidinger
 (VIII. ZS)
- Beisitzende
 Mitglieder des
 Bundesgerichts-
 hofes: Bundesrichter Dr. Arndt
 (III. ZS, außerdem Senat für Anwalts-
 sachen)
- Bundesrichter Börtzler
 (4. StS, außerdem Senat für Anwalts-
 sachen und Senat für Patentanwalts-
 sachen)
- Bundesrichter Braxmaier
 (VIII. ZS, außerdem Senat für Anwalts-
 sachen)
- Vertreter: Bundesrichter Dr. Vogt
 (VII. ZS, außerdem Senat für Anwalts-
 sachen und Senat für Patentanwalts-
 sachen)
- Bundesrichter Kirchhof
 (2. StS, außerdem Senat für Anwalts-
 sachen, Senat für Patentanwalts-
 sachen und Senat für WiPrüfers. und Senat für
 Steuerber.- und Steuerbevollm.-sachen)

VIII. Senat für Anwaltssachen

- Vorsitzender
 (kraft Gesetzes): Präsident des Bundesgerichtshofes
 Dr. Fischer
- Stellvertretender
 Vorsitzender: Vizepräsident Glanzmann
 (VII. ZS, außerdem Senat für Notar-
 sachen und Senat für Patentanwalts-
 sachen)
- Beisitzende
 Mitglieder des
 Bundesgerichts-
 hofes: Bundesrichter Dr. Vogt
 (VII. ZS, außerdem Senat für Notar-
 sachen und Senat für Patentanwalts-
 sachen)
- Bundesrichter Kirchhof
 (2. StS, außerdem Senat für Notar-
 sachen, Senat für Patentanwalts-
 sachen, Senat für WiPrüfers. und Senat für
 Steuerber.- und Steuerbevollm.-sachen)
- Bundesrichter Börtzler
 (4. StS, außerdem Senat für Notar-
 sachen und Senat für Patentanwalts-
 sachen)
- Bundesrichter Braxmaier
 (VIII. ZS, außerdem Senat für Notar-
 sachen)
- Vertreter: Bundesrichter Dr. Arndt
 (III. ZS, außerdem Senat für Notar-
 sachen)
- Bundesrichter Ochmann
 (X. ZS)

IX. Senat für Patentanwaltssachen

- Vorsitzender: Vizepräsident Glanzmann
 (VII. ZS, außerdem Senat für Notar-
 sachen und Senat für Anwaltssachen)
- Beisitzende
 Mitglieder des
 Bundesgerichts-
 hofes: Bundesrichter Dr. Vogt
 (stv. Vorsitzender, VII. ZS, außerdem
 Senat für Notarsachen und Senat für
 Anwaltssachen)

- Vertreter: Bundesrichter Börtzler
 (4. StS, außerdem Senat für Notar-
 sachen und Senat für Anwaltssachen)
- Bundesrichter Dr. Bruchhausen
 (X. ZS)
- Bundesrichter Trüstedt
 (X. ZS)
- Bundesrichter Kirchhof
 (2. StS, außerdem Senat für Notar-
 sachen, Senat für Anwaltssachen, Senat
 für WiPrüfers. und Senat für Steuer-
 ber.- und Steuerbevollm.-sachen)

X. Senat für Wirtschaftsprüfersachen

- Vorsitzender: Senatspräsident Gerd Meyer
 (4. StS, außerdem Senat für Steuerber.-
 und Steuerbevollm.-sachen)
- Beisitzende
 Mitglieder des
 Bundesgerichts-
 hofes: Bundesrichter Kirchhof
 (stv. Vorsitzender, 2. StS, außerdem
 Senat für Anwaltssachen, Senat für
 Notarsachen, Senat für Patentanwalts-
 sachen und Senat für Steuerber.- und
 Steuerbevollm.-sachen)
- Bundesrichter Hürxthal
 (4. StS, außerdem Senat für Steuerber.-
 und Steuerbevollm.-sachen)
- Vertreter: Bundesrichter Dr. Müller
 (2. StS, außerdem Senat für Steuerber.-
 und Steuerbevollm.-sachen)
- Bundesrichter Baumgarten
 (2. StS, außerdem Senat für Steuerber.-
 und Steuerbevollm.-sachen)

XI. Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen

- Vorsitzender: Senatspräsident Gerd Meyer
 (4. StS, außerdem Senat für Wirt-
 schaftsprüfersachen)
- Beisitzende
 Mitglieder des
 Bundesgerichts-
 hofes: Bundesrichter Kirchhof
 (stv. Vorsitzender, 2. StS, außerdem
 Senat für Anwaltssachen, Senat für
 Notarsachen und Senat für Wirtschaftsprüfer-
 sachen)
- Bundesrichter Hürxthal
 (4. StS, außerdem Senat für Wirt-
 schaftsprüfersachen)
- Vertreter: Bundesrichter Dr. Müller
 (2. StS, außerdem Senat für Wirt-
 schaftsprüfersachen)
- Bundesrichter Baumgarten
 (2. StS, außerdem Senat für Wirt-
 schaftsprüfersachen)

XII. Vertretung und Vorrang der Aufgaben

I.

Die Anforderung der Großen Senate und des Dienstgerichts
 des Bundes geht allen anderen Anforderungen vor.

Soweit Ermittlungsrichter einem Senat zugeteilt sind, gehen
 deren Aufgaben der Anforderung des Senats vor.

II.

a) Vertretung in den Zivilsenaten

- Es vertreten sich jeweils gegenseitig die Mitglieder des
 I. und des X. Zivilsenats, des II. und des VII. Zivil-
 senats, des IV. und des VIII. Zivilsenats, des III. und
 des VI. Zivilsenats sowie des V. und des IX. Zivilsenats.
 Die Mitglieder des Kartellsenats werden von den Mit-
 gliedern des I. Zivilsenats vertreten.
- In eiligen Fällen kann jeder Zivilsenat darüber hinaus
 alle anderen Senate in ihrer nummernmäßigen Reihen-
 folge, beginnend mit dem der Nummer nach folgenden
 Senat, auf Gewährung eines Vertreters in Anspruch
 nehmen.

b) Vertretung in den Strafsenaten

- Es vertreten sich jeweils gegenseitig die Mitglieder des
 1. und des 3. Strafsenats sowie die Mitglieder des 2. und
 des 4. Strafsenats.

2. Zur Vertretung der Mitglieder des 5. (Berliner) Strafsenats ist in der Reihenfolge der Vertretungsfälle jeweils ein Mitglied der Strafsenate 1 bis 4 in dieser Reihenfolge berufen.
- c) **Bestimmung der im Einzelfall zur Vertretung berufenen Senatsmitglieder**
Soweit ein Senat gemäß der vorstehenden Vertretungsregelung einen nicht namentlich bezeichneten Vertreter zur Verfügung zu stellen hat, sind die dem Senat angehörenden Bundesrichter in der Reihenfolge vom niedrigsten bis zum höchsten Dienstalter nacheinander zur Vertretung berufen. Ist der hiernach zur Vertretung berufene Bundesrichter an der Vertretung verhindert, so tritt der im Dienstalter folgende Bundesrichter für ihn ein.
- d) Ist ein Mitglied der Großen Senate des Bundesgerichtshofes und zugleich sein Vertreter verhindert, die ihm obliegenden Geschäfte innerhalb des Großen Senats wahr-

zunehmen, so tritt an die Stelle des jeweiligen ordentlichen Vertreters derjenige Vertreter im Großen Senat für Zivilsachen oder Strafsachen, der jeweils in der allgemeinen Reihenfolge der Vertreter auf den verhinderten Vertreter folgt.

e) **Vertretung der Ermittlungsrichter**

1. Die Ermittlungsrichter I und II vertreten sich gegenseitig. Sind beide verhindert, so vertritt sie der Ermittlungsrichter III.
 2. Der Ermittlungsrichter III wird vertreten durch den Ermittlungsrichter II und bei dessen Verhinderung durch den Ermittlungsrichter I.
- Sind die Ermittlungsrichter an der gegenseitigen Vertretung verhindert, so ist das dienstjüngste Mitglied des 1., 2. und 4. Strafsenats in dieser Reihenfolge zur Vertretung berufen.

C. Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes

(Gesetz zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes vom 19. Juni 1968 — Bundesgesetzbl. I S. 661 —)

- a) Dem Gemeinsamen Senat gehören nach dem Gesetz an:
der Präsident des Bundesgerichtshofes Dr. Fischer,
die Präsidenten der jeweils beteiligten Senate
des Bundesgerichtshofes.
- Bei Verhinderung des Präsidenten des Bundesgerichtshofes tritt der Vizepräsident des Bundesgerichtshofes, bei dessen Verhinderung der im Dienstalter folgende Senatspräsident in den Gemeinsamen Senat ein.
- Bei Verhinderung des Präsidenten eines beteiligten Senats tritt sein regelmäßiger Vertreter im Vorsitz und bei dessen Verhinderung ein Mitglied des Senats jeweils in der Reihenfolge des Dienstalters ein. Tritt der regelmäßige Vertreter an Stelle des Senatspräsidenten in den Gemeinsamen Senat ein und ist er zugleich als Mitglied des Gemeinsamen Senats nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes bestimmt, so tritt für ihn als zu entsendendes Mitglied sein Vertreter ein.
- b) In den Gemeinsamen Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes werden gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2 und 4 RspREinhG — abweichend von der bisherigen Regelung — für das Geschäftsjahr 1972 entsandt:
- | | |
|------------------|---|
| I. Zivilsenat | Bundesrichter Alff
Vertreter:
Bundesrichter Dr. Frhr. v. Gamm |
| II. Zivilsenat | Bundesrichter Fleck
Vertreter:
Bundesrichter Dr. Bauer |
| III. Zivilsenat | Bundesrichter Dr. Kreft
Vertreter:
Bundesrichter Dr. Arndt |
| IV. Zivilsenat | Bundesrichter Dr. Bukow
Vertreter:
Bundesrichter Dr. Pfretzschner |
| V. Zivilsenat | Bundesrichter Dr. Rothe
Vertreter:
Bundesrichter Dr. Mattern |
| VI. Zivilsenat | Bundesrichter Prof. Dr. Nüßgens
Vertreter:
Bundesrichter Sonabend |
| VII. Zivilsenat | Bundesrichter Dr. Vogt
Vertreter:
Bundesrichter H. W. Schmidt |
| VIII. Zivilsenat | Bundesrichter Braxmaier
Vertreter:
Bundesrichter Mormann |
| IX. Zivilsenat | Bundesrichter Dr. Thumm
Vertreter:
Bundesrichter Zorn |
| X. Zivilsenat | Bundesrichter Trüstedt
Vertreter:
Bundesrichter Ballhaus |
| 1. Strafsenat | Bundesrichter Loesdau
Vertreter:
Bundesrichter Dr. Mösl |
| 2. Strafsenat | Bundesrichter Dr. Willms
Vertreter:
Bundesrichter Kirchhof |

- | | |
|---------------|---|
| 3. Strafsenat | Bundesrichter Albrecht Mayer
Vertreter:
Bundesrichter Dr. Wiefels |
| 4. Strafsenat | Bundesrichter Börtzler
Vertreter:
Bundesrichter Christian Mayr |
| 5. Strafsenat | Bundesrichter Herrmann
Vertreter:
Bundesrichter Rudolf Schmitt |
- Große Senate
- Zivilsachen:
- Senatspräsidentin Dr. Krüger-Nieland
Senatspräsident Dr. Hauß
1. Vertreter: Bundesrichter Hill
2. Vertreter: Senatspräsident Stimpel
- Strafsachen:
- Senatspräsident Prof. Dr. h. c. Sarstedt
Bundesrichter Dr. Willms
1. Vertreter: Senatspräsident Dr. Pfeiffer
2. Vertreter: Bundesrichter Börtzler
- Kartellsenat
- Bundesrichter Hill
Bundesrichter Offerdinger
1. Vertreter:
Bundesrichter Dr. Sprenkman
2. Vertreter:
Bundesrichter Dr. Kellermann
- Dienstgericht des Bundes
- Bundesrichter Albrecht Mayer
Vertreter:
Bundesrichter Dr. Thumm
- Senat für Notarsachen
- Bundesrichter Dr. Arndt
Vertreter:
Bundesrichter Börtzler
- Senat für Anwaltssachen
- Vizepräsident des Bundesgerichtshofes
Glanzmann
Bundesrichter Börtzler
1. Vertreter:
Bundesrichter Dr. Vogt
2. Vertreter:
Bundesrichter Kirchhof
- Senat für Patentanwaltssachen
- Bundesrichter Dr. Vogt
Vertreter:
Bundesrichter Börtzler
- Senat für Wirtschaftsprüfersachen
- Bundesrichter Kirchhof
Vertreter:
Bundesrichter Hürxthal
- Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen
- Bundesrichter Kirchhof
Vertreter:
Bundesrichter Hürxthal

Ist auch der namentlich benannte Stellvertreter des zu entsendenden Richters verhindert, so tritt ein anderes Mitglied des beteiligten Senats jeweils in der Reihenfolge des Dienstalters in den Gemeinsamen Senat ein.